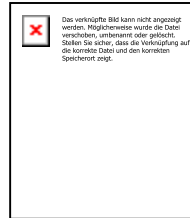


# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

## Niederschrift

über die 3. öffentliche Sitzung des  
Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung am  
05.11.2019 im Kreisausschusssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming,  
Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

### Anwesend waren:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Hans-Stefan Edler

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Winand Jansen	
Herr Stefan Jochen Jurisch	17:00 - 19:23 Uhr
Herr Dr. Gerhard Kalinka	
Frau Monika Nestler	
Herr Jörg Niendorf	
Herr Dr. Rüdiger Prasse	
Herr Robert Trebus	17:00 - 19:32 Uhr
Herr Jens Wylegalla	

#### Sachkundige Einwohner

Herr Detlef Klucke	
Herr Rico Oppitz	
Herr Ulrich Theilemann	entschuldigt
Herr Bernd Wendlandt	
Herr Klaus Wigandt	

#### Verwaltung

Frau Kornelia Wehlan, Landrätin  
Herr Siegmund Trebschuh, Leiter des Dezernates IV, Wirtschaftsförderungsbeauftragter und  
Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung  
Frau Anett Thätner, Amtsleiterin des Kataster- und Vermessungsamtes  
Herr Hubert Förster-Schüz, Amtsleiter der Unteren Bauaufsichtsbehörde  
Frau Birgit Paul, Sachgebietsleiterin der Unteren Naturschutzbehörde im Umweltamt  
Herr Tino Gausche, Sachgebietsleiter Brand- und Katastrophenschutz im Ordnungsamt  
Frau Verena Mehlis, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Schriftführerin

## **Gäste**

Herr Dr. Andreas Meißner, Geschäftsführer der Stiftung Naturlandschaften Brandenburg  
Herr Heiko Fritzsche, Leiter der Oberförsterei Baruth  
Herr Philipp Haase, Revierleiter in der Oberförsterei Wünsdorf

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:57 Uhr

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 01.10.2019
- 3 Verpflichtung der sachkundigen Einwohner
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 7 Sachstand und Umsetzungsstrategien zum Waldbrandschutz im Landkreis Teltow-Fläming  
(Brandschutzkonzepte Sperenberg, Jüterbog Ost, Jüterbog West)  
Berichterstatter:
  - Frau Kornelia Wehlan, Landrätin des Landkreises Teltow-Fläming
  - Herr Tino Gausche, Sachgebietsleiter Brand- und Katastrophenschutz des Landkreises Teltow-Fläming

- Zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Teilnahme der Eigentümer der Liegenschaften angefragt. Zugesagt hat bisher Herr Dr. Andreas Meißner (Stiftung Naturlandschaften Brandenburg).
- 8 Verschiedenes

### **Öffentlicher Teil**

#### **TOP 1**

#### **Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung**

**Herr Edler** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

**Herr Jansen** beantragt, TOP 2 von der Tagesordnung zu nehmen, da die Niederschrift noch nicht vorliegt. Dieses wird einstimmig bestätigt.

#### **TOP 2**

#### **Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 01.10.2019**

Da sich die Niederschrift noch in Bearbeitung befindet, wird dieser TOP von der Tagesordnung genommen.

### TOP 3

#### **Verpflichtung der sachkundigen Einwohner**

**Herr Edler** verliest die Verpflichtungserklärung für die sachkundigen Einwohner des Ausschusses und bittet die davon anwesenden, das hierfür vorbereitete Formular entsprechend zu unterzeichnen.

### TOP 4

#### **Einwohnerfragestunde**

Hier gibt es keine Fragen, so dass sich auch die Information über die Erhebung von personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 der EU-DSGVO durch den Ausschussvorsitzenden erübrigt.

### TOP 5

#### **Mitteilungen der Verwaltung**

**Frau Wehlan** hat keine Mitteilungen der Verwaltung bekanntzugeben. Rückfragen gibt es ebenfalls nicht.

### TOP 6

#### **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Im Vorfeld übergab **Herr Wylegalla** bereits eine längere Anfrage in schriftlicher Form. Dieser ist auf Nachfrage des **Herrn Edler** damit einverstanden, dass seine Fragen mit Anhang Bestandteil der Niederschrift werden. **Frau Wehlan** erklärt **Herrn Wylegalla** die Verfahrensweise zu Anfragen, die nicht innerhalb der Sitzung beantwortet werden können und spricht sich für deren zeitnahe Beantwortung aus.

**Herr Jansen** hat 2 Anfragen. Die erste Frage bezieht sich auf den Radweg an der L 73, dem Thema aus der letzten Sitzung. Leider musste er der Presse entnehmen, dass dieses im Ausschuss nicht auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Durch die damit in der Bevölkerung entstandene Unruhe bittet er die Verwaltung, der „MAZ“ den mehrheitlich positiven Beschluss zuzuleiten.

Seine 2. Anfrage bezieht sich auf einen ablehnenden Baubescheid, den es im Ortsteil Felgentreu der Gemeinde Nuthe-Urstromtal gab. Die Begründung, dass innerhalb der geschlossenen Ortschaft ein Bauvorhaben abgelehnt wird, weil dadurch zwischen 2 Häusern eine Streusiedlung gefördert wird, erschließt sich für **Herrn Jansen** nicht. Daher bittet er das zuständige Amt, sich hiermit nochmals auseinanderzusetzen und sich auch eventuell per Vor-Ort-Besichtigung von den dortigen Gegebenheiten zu überzeugen.

**Herr Edler** verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass es sich hier um eine Aufgabe der Unteren Bauaufsichtsbehörde handelt, welches durch **Frau Wehlan** bestätigt wird. Diese nimmt Bezug auf die Regelungen in der Zuständigkeitsordnung des Ausschusses und erklärt, dass das Thema aufgenommen und geprüft wird, wie die Untere Bauaufsichtsbehörde auf diesen Sachverhalt reagieren kann.

Zum Thema „Radweg“ aus der letzten Ausschusssitzung erläutert **Frau Wehlan**, dass auf Vorschlag der Verwaltungsleitung, der Landrätin und auch des Kämmerers an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister herangetreten wurde, um dem Radweg, aber überhaupt auch dem Kreisentwicklungsbudget fürzusprechen und auch Möglichkeiten für die Gemeinden und Städte zu geben, dass über die Unterstützung durch den Landkreis hier auch wichtige Projekte befördert werden können. Dieser Vorschlag wurde jedoch von allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern einstimmig abgelehnt. Daher ist das, was der Ausschuss befürwortet hat, nämlich, dass die Verwaltung dieses Thema ernsthaft mit in die Haushaltsdiskussion einbringt, für den Landkreis aktuell finanziell nicht darstellbar.

Da die Anfragen des **Herrn Wylegalla** in Bezug auf das Katasteramt zu umfangreich sind, wird eine schriftliche Beantwortung erfolgen (Antwortschreiben des Kataster- und Vermessungsamtes vom 19.11.2019 im Ratsinformationssystem einsehbar).

**Herr Dr. Prasse** empfindet es als anmaßend, wenn in der „MAZ“ berichtet wird, dass der Ausschuss die Finanzen für den Radweg verweigert. Daher bittet er die verantwortlichen Journalisten, die über einen Ausschuss berichten, sich auch mit dessen Aufgaben, Pflichten und Rechte hinreichend auseinanderzusetzen, bevor mit einem solchen fahrlässigen Inserat Unmut in der Bevölkerung geschürt wird.

**Herr Wylegalla** hatte am 03.09.2019 um eine Visualisierung kreiseigener Flurstücke gebeten, die der kommenden Niederschrift beigelegt werden sollte. Er merkt daher an, dass diese Information bislang noch nicht vorliegt.

**Herr Trebschuh** stellt im Nachhinein klar, dass man sich strikt daran gehalten hat, dass die Aufstellung mit dem Protokoll versandt wird. Daher versichert er, dass diese am 06.11.2019 den Ausschussmitgliedern zugeleitet wird.

**Herr Niendorf** bemängelt, dass er in der letzten Sitzung nicht dazu kam, Fragen zu stellen, da andere Tagesordnungspunkte vorgezogen wurden, welches von **Herrn Edler** zur Kenntnis genommen wird.

**Herr Niendorf** weist auf ein Sichtproblem im Kreuzungspunkt der B 102 und der Gemeindestraße in Hohenseefeld hin. Dort wurden Bäume nahe dem Knotenpunkt gepflanzt (Antwortschreiben des Hauptamtes vom 25.11.2019 im Ratsinformationssystem einsehbar).

**Herr Niendorf** fragt an, wie die Planung und Finanzierung des grundhaften Ausbaus der OD Gräfendorf organisiert und abgestimmt wird. Er geht von einem Bau in 2020 aus (Antwortschreiben des Hauptamtes vom 25.11.2019 im Ratsinformationssystem einsehbar).

**Herr Niendorf** stellt eine 3. Frage. Auf Grund der neu festgelegten An- und Abflugrouten am Flugplatz Schönhagen sind für den Segelflug- und Fallschirmsport am Flugplatz Reinsdorf Komplikationen entstanden. So ist u. a. der Kunstflug nach Osten über ein Waldgebiet verlegt worden, welches zu erheblichen Problemen führe. Er fragt, ob die Möglichkeit bestehe, mit dem Flugplatz Schönhagen zu besprechen, ob hier Abhilfe geleistet werden kann (Antwortschreiben des Rechtsamtes vom 02.12.2019 im Ratsinformationssystem einsehbar).

**Frau Nestler** hat eine Frage zur Kreisstraße 7219 zwischen Dobbrikow und Nettgendorf, insbesondere zu den Schäden durch Wasser und Biber. Bei dem Gebiet zwischen Nettgendorf und Dobbrikow handelt es sich um eine stark vernässte Niederung, in der der Biber sein Habitat hat. Vor kurzem konnte ein Aufstau von Wasser beobachtet werden.

**Frau Nestler** fragt an, was dagegen unternommen wird (Antwortschreiben des Hauptamtes vom 25.11.2019 im Ratsinformationssystem einsehbar).

**Herr Wylegalla** stellt eine Frage zur Kreisstraße und einem eventuellen LKW-Verbot in der Ortslage Ahrensdorf der Stadt Ludwigsfelde. Durch die Ortslage Ahrensdorf der Stadt Ludwigsfelde führe eine Kreisstraße, die durch die enormen Bau- und Zuzugstätigkeiten in der Gegend stark benutzt werde, vor allen Dingen durch LKW-Verkehr (Ausweichverkehr). Der Ortsbeirat habe mit der Stadt gesprochen, ob die Möglichkeit bestände, die Straße für den LKW-Durchgangsverkehr zu sperren. Die Stadt gab den Hinweis, eventuell die Geschwindigkeit dort runterzusetzen. Die Belastung steigt zunehmend, auch in den nächsten Jahren (E-Mail des Herrn Grosenick, Amtsleiter des Straßenverkehrsamtes, an Herrn Wylegalla vom 14.11.2019 sowie Antwortschreiben des Straßenverkehrsamtes an Herrn Wylegalla vom 20.11.2019 im Ratsinformationssystem einsehbar).

**Herr Jansen** bezieht sich auf seinen Antrag vom 08.10.2019, den Punkt „Technologiezentrum für emissionsarme Flugantriebe am Flugplatz Schönhagen - Zwischenbericht zum aktuellen Sachstand“ zur Tagesordnung zu stellen und schlägt vor, den Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung, der ursprünglich am 03.12.2019 tagen sollte, und den Ausschuss für Wirtschaft, der für den 04.12.2019 geplant war, zusammenzulegen.

**Herr Edler** erklärt dazu, dass sich die ursprüngliche Terminplanung, eine gemeinsame Sitzung beider Ausschüsse in den Räumen des Flugplatzes Schönhagen durchzuführen, geändert hat. **Herr Trebschuh** führt hier weiter aus, dass durch die gewichtigen Tagesordnungspunkte, wie Haushalt mit allen dazugehörigen Dokumenten und Vorstellung der einzelnen Produkte der betreffenden Ämter bzw. das Gesamtpaket zum Klimaschutz um den vorliegenden Antrag, eine getrennte Positionierung der einzelnen Ausschüsse erfolgen muss. Daher ist der Beratungsumfang für jeden einzelnen Ausschuss bereits äußerst umfangreich. **Herr Trebschuh** verweist auf ein gemeinsames Gespräch mit Herrn Dr. Schwahn, Geschäftsführer der Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH, eine Lösung zu suchen. Eine solche wäre, dass Herr Dr. Schwahn mit Herrn Prof. Dr. Timmermann, Geschäftsführer BBAA Berlin-Brandenburg Aerospace Alliance, in der Sitzung einen kurzen Zwischenstand um das emissionsfreie Fliegen geben würde, bezogen auf den bereits von Herrn Jansen an den Ausschussvorsitzenden gestellten Antrag. Eventuell könnte dann im Februar oder März 2020 eine gemeinsame Sitzung mit dem Wirtschaftsausschuss vorgesehen werden, wo es detaillierter um die Belange des Flugplatzes geht, denn es macht keinen Sinn, eine Sitzung auf dem Flugplatz zu halten und sich diesen dann nicht anzuschauen. Aus diesem Grund unterbreitet **Herr Trebschuh** den Vorschlag, im Rahmen des Ausschusses auf Grund des Antrages von Herrn Jansen einen kurzen Zwischenstand zu geben, aber ansonsten getrennt an den beiden Tagen die Tagesordnungspunkte zu besprechen.

**Frau Wehlan** bittet eindringlich darum, der Verwaltung die Chance zu geben, sich im Vorfeld mit den Fragen auseinanderzusetzen zu können. Aus diesem Grund plädiert sie für einen Termin nach den Gremiensitzungen, damit der Landkreis auch Antwort geben kann.

**Herr Jansen** bezieht sich auf seinen Antrag, der ordnungsgemäß eingereicht wurde und in der nächsten Sitzung zur Tagesordnung steht.

**Frau Wehlan** bittet in diesem Zusammenhang um Sensibilisierung und erläutert, dass die Vorbereitung einer Ausschusssitzung das Geschäft des Vorsitzenden und auch der Landrätin, also der Verwaltung, ist. Um diese Prozesse ordentlich auch für den Ausschuss abbilden zu können und eben auch mit einem Mindestmaß an Vorbereitung, sind entsprechende Regularien einzuhalten.

**Herr Edler** nimmt Bezug auf die vorliegende Geschäftsordnung, aus welcher u. a. hervorgeht, wer berechtigt ist, Anträge zu stellen. Er sieht auch keinen Widerspruch gegenüber der Aussage der Landrätin.

Sofern ein Tagesordnungspunkt geschäftsordnungsmäßig auf die Tagesordnung zu bringen ist und die Verwaltung noch keine Aussage dazu treffen kann, wird jeder dafür Verständnis haben. **Herr Edler** sieht sich gar nicht in der Lage und möchte es auch gar nicht, ordentlich eingebrachte Anträge nicht auf die Tagesordnung zu bringen. Das ist Sache des Gremiums, diese wieder von der Tagesordnung zu nehmen, zu streichen oder für erledigt zu erklären.

**Frau Wehlan** übt Kritik an der von ihr in dieser Form nicht gewünschten Verfahrensweise. Sie bezieht sich auf die Fundamentalkritik zum Tagesordnungspunkt Radweg an der L 73, für welchen man sich eine bessere Vorbereitung von Seiten des Ausschusses gewünscht hätte. Es gab zu dem Zeitpunkt auch nicht die Möglichkeit, mit der Fraktion darüber zu sprechen, zumal man zum damaligen Zeitpunkt auch den Haushalt noch nicht kannte.

**Herr Edler** verliert eine Anleitung aus dem Büro des Kreistages, in welchem es u. a. um die Festsetzung der Tagesordnung und die Benennung von Beratungsgegenständen geht. Er ist der Meinung, dass die Abgeordneten das Recht haben müssen, Dinge auf die Tagesordnung zu bringen, die sie für sinnvoll halten. So verhält es sich für ihn auch mit den Anfragen.

**Frau Wehlan** plädiert dafür, dass Tagesordnungspunkte auf die Tagesordnung genommen werden, wo sich ein Mindestmaß an Klarheit, Vorbereitung und auch inhaltlicher Darlegung aus der Sicht der Verwaltung vermittelt und bezieht sich hierbei auf die in jedem Fachamt vorhandenen Experten.

In Bezug auf den Presseartikel in der „MAZ“ zum Radweg an der L 73 erklärt **Herr Edler**, dass er nicht die Landrätin in der Pflicht sieht, irgendwelche Presseverlautbarungen zu kontrollieren und zu korrigieren, sondern er sich als Ausschussvorsitzender in der Pflicht sieht, diese Aufgabe zu übernehmen. Dazu müsste er dieses aber erfahren, zumal er nicht Leser der „MAZ“ ist. Daher bittet er um einen Hinweis und würde 2 bis 3 Sätze an die Redaktion richten, um den Sachverhalt klarzustellen.

Anschließend fasst **Herr Edler** alle Anfragen zum Tagesordnungspunkt auf Grund deren Komplexität nochmals zusammen.

**Herr Trebus** bittet die Verwaltung, die im Dialogforum neu vorgestellte Verkehrsstudie allen Ausschussmitgliedern zugänglich zu machen.

## **TOP 7**

### **Sachstand und Umsetzungsstrategien zum Waldbrandschutz im Landkreis Teltow-Fläming**

#### **(Brandschutzkonzepte Sperenberg, Jüterbog Ost, Jüterbog West)**

##### **Berichterstatter:**

- **Frau Kornelia Wehlan, Landrätin des Landkreises Teltow-Fläming**
- **Herr Tino Gausche, Sachgebietsleiter Brand- und Katastrophenschutz des Landkreises Teltow-Fläming**
- **Zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Teilnahme der Eigentümer der Liegenschaften angefragt. Zugesagt hat bisher Herr Dr. Andreas Meißner (Stiftung Naturlandschaften Brandenburg).**

**Frau Wehlan** legt dar, dass das Thema Waldbrandschutz, bezogen auf ein Gebiet, was das ursprüngliche Thema war, eigentlich nicht in der Zuständigkeit dieses Kreisausschusses liegt. Insofern hat sie sich dieses zu eigen gemacht und es so gefasst, dass es hier im Ausschuss vollumfänglich behandelt werden kann. **Frau Wehlan** erläutert, dass hier die Zuständigkeiten gesetzlicher Art, die sich mit diesem Thema verbinden, klargestellt werden, dann die Problemlagen und Lösungsansätze im Landkreis aus der Sicht der zuständigen Fachverwaltung und Hinweise zum Sachstand gegeben werden.

**Herr Gausche** gibt einen umfangreichen Sachstandsbericht zur Thematik ab, welcher auch im Ratsinformationssystem einsehbar ist. Er verweist besonders auf die vergangenen Sommer, die gezeigt haben, wie wichtig und wiederkehrend uns solche Ereignisse einholen und der Landkreis sowohl im Land Brandenburg als auch in der gesamten Bundesrepublik im Wesentlichen auf Grund der ehemaligen Truppenübungsplätze eine Vorreiterrolle einnehmen muss.

**Herr Gausche** legt die Zuständigkeiten für den Waldbrandschutz dar und erläutert diese. Weiterhin gibt er detaillierte Einblicke über die vorhandenen technischen Möglichkeiten. Trotz Investitionen in teure Feuerwehrtechnik muss auch der Waldbrandprävention deutlich mehr Aufmerksamkeit zukommen. Es müssen prioritär fehlende oder mangelhaft ausgebaute Waldwege, fehlende Wasserentnahmestellen oder nicht mehr vorhandene Waldbrandschutzstreifen und -schneisen wieder angelegt werden. Es ist bereits eine Diskussion im Gange, was die Abwägung der Rechtsgüter anbelangt.

**Herr Gausche** bezieht sich weiter auf die Informationsvorlage zur Finanzierung der in 2018 und 2019 stattgefundenen Waldbrände, welche bereits in den entsprechenden Ausschüssen war. Er erläutert die hohen Kosten für die einzelnen Einsätze. Daher sind tatsächlich auch dringend die Eigentümer gefragt, entsprechend Waldbrandvorsorge noch intensiver zu betreiben. **Herr Gausche** gibt Informationen zum eingebrachten Rüstungsaltslastenfinanzierungsgesetz hinsichtlich der Übernahme der Kosten von Munitionsbergung und -entsorgung. Die entsprechenden Gutachten der Bundesregierung lehnen aber eine Mitfinanzierung bisher schon deutlich ab. Aktuell ist man damit beschäftigt, zwischen Umweltamt, Ordnungsamt, dem Kampfmittelbeseitigungsdienst und auch den Eigentümern die den jeweiligen Bereichen vorliegenden Informationen abzugleichen.

Hinsichtlich der Assistenzstelle zur Unterstützung des Kreisbrandmeisters befindet man sich derzeit im Stellenbesetzungsverfahren.

**Herr Gausche** teilt weiterhin mit, dass Frau Magdeburg von der Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH sich entschuldigt hat und an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann. Gleichzeitig hat diese aber mitgeteilt, dass es hinsichtlich des Konzeptes für den Waldbrandschwerpunkt Sperenberg, Kummersdorf-Gut, den die Brandenburgische Boden Gesellschaft betreut, eine Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde gegeben hat, wo es darum ging, welche Artenschutz- und Monitoringmaßnahmen hier notwendig sind, um den entsprechenden Befreiungsbescheid zu erhalten. Frau Magdeburg hat **Herrn Gausche** signalisiert, dass im Laufe des Monats Dezember 2019 die entsprechenden Unterlagen vorliegen sollen und danach auch an die Umsetzung des Waldbrandschutzkonzeptes für Sperenberg und Kummersdorf-Gut herangegangen wird.

**Herr Niendorf** fragt an, in welchen Gebieten die meisten Brände entstanden sind und ob es sich hier um Nutzwald oder Stiftungswald handelt. **Herr Gausche** verweist hier auf den anstehenden Vortrag von Herrn Dr. Meißner von der Stiftung Naturlandschaften Brandenburg.

**Herr Edler** geht nach dem Vortrag von Herrn Gausche davon aus, dass der Landkreis selbst keine eigenen personellen Kräfte in der Brandbekämpfung hat, außer Herrn Gausche und die Assistenten des Kreisbrandmeisters, sondern diese durch örtliche Kräfte, also die Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinden mit Zurverfügungstellung von landkreiseigener Spezialtechnik, erfolgt. Er fragt nach der Richtigkeit seiner Einschätzung.

**Herr Gausche** erläutert dazu, dass die Aufgabenverteilung so geregelt ist, dass für den Brandschutz grundsätzlich die Kommunen, die Gemeinden und die Ämter zuständig sind. Der Landkreis hat die Aufgabe, Mittel, die für die einzelne Feuerwehr nicht wirtschaftlich oder

in der Beschaffung und Unterhaltung zu teuer wären und entsprechend wenig genutzt werden, vorzuhalten.

Das sind in der Regel das Feuerwehrtechnische Zentrum, Pflege, Wartung, Prüfung von Technik, aber auch die Vorhaltung von Spezialtechnik, Personal. Eigene Ressourcen sind lediglich im Feuerwehrtechnischen Zentrum vorhanden, wo die Prüfung, Wartung, Pflege von Atemschutztechnik, Schlauchtechnik zentral für den Landkreis erfolgt. **Herr Gausche** erläutert weiterhin die obliegenden gesetzlichen Aufgaben.

**Herr Edler** fragt an, ob der Landkreis nur tätig wird, wenn Sonderlagen zu konstatieren sind, die die Zuständigkeiten oder die Kräfte der örtlichen Feuerwehren übertreffen.

**Herr Gausche** entgegnet darauf, dass durch das Brandschutzgesetz und die entsprechenden Verordnungen klar geregelt wird, wo und wann die Zuständigkeit einsetzt. Im Bereich der Sonderaufsicht, die dem Landkreis obliegt, ist auch vorgesehen, dass der Landkreis unterhalb dieser Schwellen im Ausnahme- bzw. Einzelfall die zentrale Führung oder Einsatzleitung an sich ziehen kann. Dieses kann auch bei Aufgabenbereichen erfolgen, wenn der Landkreis der Meinung ist, die örtlichen Aufgabenträger sind hier entweder nicht mehr in der Lage oder erfüllen diese Aufgabe nicht zweckmäßig. Grundsätzlich sind aber relativ klare, inzwischen gerichtlich ausgeurteilte Punkte vorgegeben, die vorschreiben, wann die Einsatzleitung bzw. wann die Gesamtführung an den Landkreis zu gehen hat. Aus dem Einsatzablauf ergeben sich eine zentrale und einheitliche Führung.

**Herr Edler** fragt weiterhin ab, ob Herr Gausche eine Verbesserung der Prävention weniger in der Anschaffung von neuen technischen Errungenschaften sieht als mehr in präventivem Waldbrandschutz durch die Eigentümer der Forstflächen, was zum Großteil durch **Herrn Gausche** bestätigt wird, der erklärt, dass es genau ein ausgewogenes Mittelmaß zwischen beiden ist. Dieses wird von ihm näher erläutert. Es fehlt auch an einer differenzierten Aussage des Kampfmittelbeseitigungsdienstes, wo sich die größte Gefahr, die größte Kampfmittelbelastung befindet.

**Herr Dr. Meißner** stellt die Stiftung Naturlandschaften Brandenburg kurz vor, die über 13.600 ha Flächenbesitz auf 4 Truppenübungsplätzen verfügt. Von diesen sind über 75 % in Wildnisentwicklung. Nur der kleinste Teil ist also bewirtschaftet, verpachtet oder wird für ausgleichende Ersatzmaßnahmen genutzt. Die Zielvorstellung der Stiftung ist, dass diese über 90 % der Flächen in Wildnis überführen kann. **Herr Dr. Meißner** verweist auf sein mitgebrachtes Informationsmaterial zur Stiftung, zum Wildnisgedanken und zu den Wanderwegen in Jüterbog (Informationsmaterial der Stiftung sowie die Präsentation des Herrn Dr. Meißner sind im Ratsinformationssystem einsehbar).

Anschließend erläutert **Herr Dr. Meißner** allgemein die Ursachen von Waldbränden und deren Ablauf. Er hebt besonders das bereits angesprochene Problem der Kampfmittelhinterlassenschaften aus der Geschichte hervor. Die Stiftung hat seit Jahren ein Sicherungskonzept als Eigentümer entwickelt, welches auch zur Anwendung gebracht wird. Dieses ist mit den örtlichen Behörden, also der Stadt Jüterbog und dem Landkreis, abgestimmt. Ziel des Waldbrandschutzes ist, dass verhindert wird, dass außenliegende Grundstücke, Infrastruktur und Ortschaften in Gefahr geraten. Dieser Schutz hat oberste Priorität. Weiterhin ist es wichtig, die Einsatzkräfte und zuletzt auch wertvolle Ökosysteme zu schützen. Der Naturschutz spielt in dieser Reihe eine mehr untergeordnete Rolle.

**Herr Dr. Meißner** erläutert die zahlreichen Maßnahmen zum vorbeugenden Waldbrandschutz näher, zu dem die Stiftung als Eigentümer verpflichtet ist, wie z. B. Löschwasserentnahmestellen, Waldbrandschutzstreifen, Wundstreifen, Waldbrandriegel, Waldbrandschutzwege, die Zurverfügungstellung von Kartensystemen, Feuerwehrlenkung im Einsatz und Feuererkennung durch die Stiftungsmitarbeiter. Eine Entmunitionierung und Finanzierung dieser Aufgaben ist der Schlüssel für weitere Maßnahmen in der Zukunft.

Dieses wird jedoch in Größenordnung nur mit Landes-, vielleicht auch sogar mit Bundesunterstützung durchführbar sein.

**Herr Dr. Meißner** erklärt, dass 15 % der Stiftungsflächen in den letzten beiden oder letzten 3 Sommern vom Feuer erfasst wurden und verbrannt sind. Das sind über 2.000 ha, die an Flächen in Lieberose und Jüterbog West an das Feuer verloren gingen.

Ohne die ehrenamtliche Feuerwehr, die hier wirklich Heroisches mit unglaublichen Arbeitszeiten leistet, würde die Situation allein nicht bewältigt werden. Bei dieser Gelegenheit bedankt sich **Herr Dr. Meißner** bei den ehrenamtlichen Männern und Frauen, die diese Leistung erbringen, bei deren Familien, die dieses aushalten, bei deren Arbeitgebern, die die Geduld haben, und natürlich bei den Partnern, die dieses mitfinanzieren.

**Herr Dr. Meißner** betont, dass dringend Einsatzregeln benötigt werden, die es der Feuerwehr gestatten, auf Kampfmittelverdachtsflächen so zu operieren, dass nicht der einzelne Amtsbrand- oder Kreisbrandmeister derjenige ist, der die alleinige Verantwortung trägt.

Weiterhin bekräftigt **Herr Dr. Meißner**, dass in der Zukunft ein verbesserter Waldbrandschutz, gerade in den schwierigen Zeiten mit Klimawandel, mehr Trockenheit, alter Munition und eventuell unvernünftigen Menschen, benötigt wird, an dem bereits intensiv gearbeitet wird. Gleichzeitig wird um mehr Unterstützung bei der Entmunitionierung gebeten.

**Herr Dr. Meißner** verdeutlicht, dass Waldbrände auf gar keinen Fall ein Teil des Konzeptes der Stiftung sind. Diese sind anthropogen verursacht, zerstören Waldökosysteme und sind ein Gegenspieler des Wildnisgedankens der Stiftung. Brände in dieser Dimension und in dieser Stärke, wie man sie hier verzeichnen kann, sind ein Gegenspieler des Naturschutzgedankens der Stiftung. **Herr Dr. Meißner** appelliert an die Anwesenden und hofft, dass man gemeinsam an einer sicheren Zukunft mit mehr Wildnis und abgesicherten Ortschaften, aber auch mit weniger Bränden arbeiten kann.

**Herr Dr. Prasse** fragt an, ob bei den Bränden möglicherweise ein Einfluss der Baumartenzusammensetzung auf Geschwindigkeit oder Umfang des Feuers zu erkennen war oder es keine Unterschiede in dem Gebiet gab.

**Herr Dr. Meißner** entgegnet darauf, dass diese enorme Trockenheit der letzten beiden Sommer der Schlüssel für die Brände in dieser Größenordnung war. Der große Brand, der in diesem Jahr aus der Sukzessionsfläche heraus zu verzeichnen war, ist nur zu erklären, dass die Wälder vorgetrocknet waren. In Bezug auf die Baumarten ist zu konstatieren, dass es abhängig davon ist, wie weit die Äste nach unten gehen. Wenn weite Äste nach unten gehen, kann das Feuer aufgenommen und nach oben geführt werden. Prinzipiell brennen jedoch Laubbäume schlechter als Nadelbäume. Die Kiefern sind das größere Problem. Was hier an Vollbrandfläche zu verzeichnen war, war maßgeblich reiner Kiefernwald, also ehemaliger Kiefernwirtschaftswald, der hier komplett in Flammen aufgegangen ist. Wenn die Trockenheit so stark ist und der Brand lange genug anhält, brennen auch die Birkenwälder, aber mit Verzögerung und schlechter. Es ist festzustellen, dass bei einem länger anhaltenden Einfluss des Feuers natürlich auch ein Laubbaum brennen kann. Daher ist es wesentlich besser, feuertechnisch gesehen, auf Mischwälder oder auf Laubwälder umzubauen, da diese feuerresistenter sind. Momentan wird ein weiteres Forschungsprojekt gestartet, um genau solche feuer-resilienten Wälder zu erforschen, um festzustellen, was in Zukunft der Waldbau tun kann. Es wird davon ausgegangen, dass ein Sukzessionswald, wenn er dann erst einmal groß ist und die Äste aus dem Boden genommen hat, wesentlich feuerfester ist als ein Kiefernwirtschaftswald.

**Herr Niendorf** geht davon aus, dass die Brände in dieser Wildnis entstehen und noch nicht einmal in den am meisten munitionsbelasteten Gebieten. Er bezieht sich auf den Vortrag von

Herrn Gausche, dass durch einen vernünftigen Waldbau auch Waldbränden vorgebeugt werden sollte.

Gleichzeitig bemängelt er, dass der dort früher vorhandene Nutzwald in Vergessenheit geraten ist und nach 20 Jahren, in denen die Stiftung dort tätig ist, u. a. viel Trockenholz herumliegt, wo sich vermehrt Schädlinge ausbreiten können. **Herr Niendorf** geht davon aus, dass diese Situation dem Feuer umso mehr Nahrung bietet. Er bezieht sich hierbei auf die munitionsbelasteten Flächen, in denen es seiner Meinung nach überhaupt nicht brennt, hingegen aber auf den Gebieten im Eigentum der Stiftung. Er bedauert außerordentlich die Zerstörung von Mooren, die bislang die geschichtlichen Ereignisse überstanden haben. Weiterhin spricht er sich gegen die Brandschutzstreifen im Bereich Jüterbog aus. Er hofft, dass diese einmal ordentlich hergerichtet werden. Die herunterhängenden Äste, die Feuern einen zusätzlichen Brandherd bieten, gab es früher nicht, da zur damaligen Zeit die Bäume geläutert wurden.

Weiterhin bemängelt **Herr Niendorf** an einem Beispiel in Jüterbog, dass man dort kaum noch Flächen mit einem vernünftigen Moorbewuchs finden kann. Er bezieht sich hierbei auf seinen Beruf als Landwirt. Von ihm wird seitens der Feuerwehr auch verlangt, bei einem Mähreschereinsatz ein Wasserfass mitzuführen. Somit ist er verpflichtet, auftretendes Feuer selbst zu löschen. Er muss selbst aktiv werden und kann nicht bei jeder Gelegenheit die Feuerwehr in Anspruch nehmen. Daher spricht er Herrn Dr. Meißner an, in seiner Stiftung einen Teil der zur Verfügung stehenden Mittel in die Hand zu nehmen und in Löschtechnik, Wasserfässer u. a. zu investieren. Die Flächen müssen nach der Meinung des **Herrn Niendorf** so bewirtschaftet werden, dass vorbeugender Brandschutz dort integriert werden muss. Am Beispiel Felgentreu erklärt er, dass hier hätte mehr passieren können. Man hört überall, dass der Wald Sauerstoff spendet. **Herr Niendorf** geht jedoch nicht mehr davon aus, dass die Stiftungsflächen ein großer Sauerstoffspender sind und große Mengen an CO<sup>2</sup> gespeichert werden, da das Holz dort nicht mehr so wächst. Dennoch begrüßt **Herr Niendorf** allgemein die Arbeit der Stiftung.

**Herr Dr. Meißner** erklärt dazu, dass das Wildnisziel ein Ziel der Bundesregierung ist und 2 % der Landesfläche der Bundesrepublik Deutschland unbewirtschaftet sein sollen. Er verweist nochmals auf die von ihm mitgebrachte Broschüre und erläutert, dass Wildnis große, wichtige Vorteile hat für den Naturhaushalt und für uns Menschen auch als Lehr- und Lernkabinett. **Herr Dr. Meißner** ist gegensätzlicher Meinung zu der von Herrn Niendorf, dass alle Flächen zu bewirtschaften sind. Daher bietet er Herrn Niendorf an, mit ihm bei einer anderen Gelegenheit in den Dialog zu treten auf Einladung der Naturschutzbehörde.

In Bezug auf die angesprochene Frage, wo die Brände beginnen, legt **Herr Dr. Meißner** dar, dass diese zu einem Teil dort beginnen, wo besonders viel Munition liegt. Es ist hier nachweislich Munition aus der Zeit nach dem 2. Weltkrieg mit einem hohen Anteil an Phosphor zu verzeichnen. Diese korrodiert und löst ab 25 °C aufwärts, spätestens jedoch ab 30 °C aufwärts, Feuer aus. Dieses sind Bereiche, die regelmäßig brennen.

Hinsichtlich der Frage, ob die Entscheidung richtig war, diese Flächen an eine private Stiftung zu geben, muss diese an die Bundesregierung und das Land Brandenburg gestellt werden. Als Privatmensch ist **Herr Dr. Meißner** der Meinung, dass diese Flächen niemals aus Bundeshand gegeben hätten sollen, da es sich um militärische Flächen mit erheblichen Belastungen handelt. Die Bundesregierung hat diese an das Land Brandenburg verschenkt, das Land Brandenburg hat sie dann an die Stiftung verkauft, weil man mit Landesbeteiligung als beste Möglichkeit die Idee gefunden hat, man sichert sie für den Naturschutz, man räumt nutzungsabhängig und fasst das große Problem, diese Flächen komplett zu entmunitionieren, nicht an. Die Entmunitionierung dieser Flächen würde ca. 250 Mio. € kosten. Auch die kompletten Kapazitäten an Entmunitionierern und an Technik wären nicht vorhanden. Des Weiteren müsste man den Naturschutz auf „Null“ setzen.

**Herr Jansen** würdigt die Leistung der Feuerwehrleute bei der Bekämpfung der Brände, aber auch die Arbeit der Forstverwaltung.

Er fragt gleichzeitig an, wie jetzt dazu beigetragen werden kann, dass diese Brände, die sicherlich nicht zu vermeiden sind, auf Dauer effizient bekämpft werden können. Er mahnt an, dass sich sowohl das Land als auch der Bund nicht aus der Gesamtverantwortung herausziehen kann, denn die Munition kann dort nicht ewig liegen. Aus diesem Grund fragt **Herr Jansen** auch nach den Einnahmen der Stiftung, denn es sind auf den Stiftungsflächen auch zahlreiche Windräder vorhanden, die sicherlich nicht nur Strom erzeugen, sondern mit Sicherheit auch Einnahmen requirieren, die nicht unwesentlich sind. Also muss man seiner Meinung nach auch einmal sehen, dass man entsprechende Mittel einsetzt. **Herr Jansen** nimmt die Angaben über die hohen Aufwendungen der Stiftung zur Kenntnis, dennoch interessiert er sich für deren Einnahmen und wie sie denn finanziert ist.

Des Weiteren bezieht sich **Herr Jansen** auf den Vortrag von Herrn Gausche, aus dem hervorgeht, dass Brunnen, Material und Wege benötigt werden, die benutzt werden können. Bei dem Brand in Märtensmühle hat sich im Nachhinein von der Bundesforst herausgestellt, dass der Ausbau von Wegen beantragt wurde, sich die UNB jedoch dagegen entschieden hat, ansonsten wäre nach Meinung des **Herrn Jansen** die Feuerwehr viel effizienter und schneller an die Brandfläche herangekommen. Das kann letztendlich so nicht sein. Eventuell muss man einen anderen Weg bei der UNB finden, um zu gewährleisten, dass man auch schnell diese Brandflächen erreicht und dass auch Brunnen gebohrt werden.

Als nächsten Punkt bemängelt **Herr Jansen**, dass das THW bei den Bränden Masten errichtet hat und dass man an einigen Stellen, als es in Potsdam-Mittelmark gebrannt hat, Quadmelder losschickt, wie es früher der Fall war, um Meldungen zu machen, da keine Kommunikation möglich ist. Dieses Problem bestand seines Erachtens auch in der Vergangenheit und ist bislang nicht angepackt und gelöst worden. Hier ist für ihn die Stiftung als größter Eigentümer gefragt. Aus diesem Grund stellt **Herr Jansen** die Frage, in welchem Zeitraum die Wege abgesucht und neue Wege gebaut sind, um auch an zentrale Flächen heranzukommen. Von Interesse ist für ihn auch, ob die Brunnen nicht nur mit der Feuerwehr, sondern auch mit anderen Behörden abgestimmt sind.

**Herr Dr. Meißner** entgegnet darauf, dass die Bodenstandorte natürlich mit den zuständigen Behörden abgestimmt sind. Dieses wird von ihm näher erläutert. Er bestätigt weiterhin, dass auf der Fläche Heidehof Ost, die im Stiftungsgebiet liegt und verpachtet ist, 47 Windkraftanlagen von den Pächtern errichtet wurden. Dieses Geld, was die Windkraftanlagen einspielen, ist abgezinst genutzt worden, um die Flächen, die hier in Rede stehen, vom Land Brandenburg zu kaufen. Das heißt also, man hat damit vor vielen Jahren das Geschäft gemacht, die Flächen vom Land Brandenburg zu erwerben. Die Einnahmequelle tröpfelt eher, als dass sie sprudelt. In der Stiftung sind es gemeinsam mit Herrn Dr. Meißner 10 Mitarbeiter, die für diese 136 km<sup>2</sup> zuständig sind. Daher befindet sich die Stiftung in einer Phase, wo sie nach weiteren Einnahmequellen suchen muss, weil die Flächenkosten, von der Grundsteuer angefangen, die dann auch an die Gemeinden geht, bis über die Bodenwasserverbandsabgaben und die Personalkosten größer sind als die derzeitige Einnahmensituation. Dennoch hat die Stiftung in den letzten 2 Jahrzehnten über 2 ½ Mio. € für Entmunitionierung aus Eigenmitteln eingesetzt, weil es für diese keine Förderung gibt. Die beschriebene Förderung ist für die Waldbrandschutzsysteme bestimmt. Die für dieses Jahr im Haushalt angesetzten 100.000,00 € werden für die entsprechenden Bereiche auch ausgeschöpft.

*Gegen 19:23 Uhr verlässt Herr Jurisch den Kreisausschusssaal.*

**Herr Edler** fragt hinsichtlich des schweren Problems der Munitionsbelastungen an, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn gleich in den 90er Jahren eine Entmunitionierung stattgefunden hätte.

Daraufhin erläutert **Herr Dr. Meißner** detailliert die äußersten Schwierigkeiten bei der Entmunitionierung der Flächen und die dazugehörigen finanziellen Aufwendungen.

**Herr Wylegalla** bezieht sich auf die Nachrichten zu den im Sommer aufgetretenen Bränden, speziell auf die Brandursache der Brandstiftung, und fragt an, was die mögliche Motivation eines so vermehrten straffälligen Verhaltens sein könnte. Dieses wird von **Herrn Dr. Meißner** an Beispielen aus Lieberose und Jüterbog näher erläutert.

**Herr Fritzsche** von der Oberförsterei Baruth stellt sich vor und bedankt sich für die Möglichkeit, an diesem Gremium teilnehmen zu können. Gleichzeitig stellt er Herrn Haase von der Oberförsterei Wünsdorf vor.

**Herr Fritzsche** bezieht sich auf die vorherige Aussage, dass es in Baruth beispielsweise nicht gebrannt haben soll. Dieses möchte er klarstellen und teilt mit, dass es im letzten Jahr in der Oberförsterei knapp 40 Brände gab, welche willkürlich verteilt über das Oberförstereigelände waren. In der Tendenz ist sowohl im letzten als auch in diesem Jahr natürlich aufgefallen, dass die flächenmäßig größten Brandereignisse auf ehemaligen Truppenübungs-plätzen gelegen haben, sicherlich geschuldet der Situation mit den Kampfmittelverdachts-flächen.

**Herr Fritzsche** nimmt Bezug auf den angesprochenen Brand in Märtensmühle und erläutert dessen Ablauf näher.

Weiterhin verweist **Herr Fritzsche** auf den Waldschutzplan für das Land Brandenburg, der mittlerweile in diesem Jahr auch eine Überarbeitung erfahren hat. Wesentliche Elemente dieses Waldschutzplanes sind Wegeausbauten, geplante Löschwasserentnahmestellen und gegebenenfalls auch Waldbrandriegel.

*Um 19:32 Uhr verlässt Herr Trebus die Sitzung.*

**Herr Edler** bedankt sich bei allen Vortragenden, den Gedanken des Brandschutzes in seiner Mehrdimensionalität ein wenig zu transportieren.

**Herr Gausche** erläutert nachträglich zum Einsatz in Treuenbrietzen im Jahr 2018 die Komplikationen bei der Nutzung des Digitalfunknetzes genauer. Digitalisierung für die Feuerwehr ist ein großes Thema, kommt aber auch regelmäßig an Grenzen, weil genau da, wo diese z. B. bei der Waldbrandbekämpfung benötigt wird, diese in der Regel am wenigsten hilft, da einfach die Infrastruktur nicht vorhanden ist. Es kann nicht Aufgabe der Feuerwehr sein, hier entsprechend aufwendige Infrastruktur auch nur für die Feuerwehr vorzuhalten.

**Frau Wehlan** macht deutlich, dass in der eingangs dargelegten unterschiedlichen Verantwortung, die hier jeder Träger nach den gesetzlichen Bestimmungen hat, in der Region eine sehr gute Zusammenarbeit zu verzeichnen ist. Gerade die großen Flächeneigentümer haben andere Potenzen und Möglichkeiten, um mit dem Landkreis gemeinsam Waldbrandschutzkonzepte in Bewegung zu bringen, die tragfähig sind. **Frau Wehlan** begrüßt die Darlegung des Herrn Dr. Meißner zum Erhalt der Stiftungsflächen und wer diese Flächen aus seiner Verantwortung gegeben hat. Sie empfindet es mit heutiger Erfahrung als fragwürdig, dass diese Flächen überhaupt verkauft wurden, im Wissen darum, was für eine Zukunftsbelastung auf diesen liegt. Daher kann es nicht sein, dass man in Anbetracht von Großschadenslagen dann die kommunale Ebene mit den Finanzen allein lässt. **Frau Wehlan** legt dar, dass es nach wie vor keine konkrete Aussage dazu gibt, in welcher Art und Weise zu den finanziellen Aufwendungen Kosten abgemildert werden. Dazu

erläutert die Landrätin die komplizierten Prozesse zur Brandbekämpfung bei der Großschadenslage in Potsdam-Mittelmark, u. a. zur Beauftragung des Hubschraubereinsatzes. Hier ist ein sehr hoher Stand an munitionsbelasteten Flächen, an Truppenübungsplätzen, die sich aus verschiedenen Menschengenerationen zu einem großen Problem aktuell entwickelt haben, zu verzeichnen. Aus diesem Grund ist es eine Landes-, Bundes- und kommunale Aufgabe und auch eine Aufgabe für die Eigentümer. Jedoch ist ein kleiner Privatwaldbesitzer mit einer geringen Fläche, der sein eigenes Holz aus dem eigenen Wald nutzt oder auch ein Stück weit bewirtschaftet, schon mit den Situationen allein gelassen, wenn es darum geht, vorzufinanzieren. Deren Erwartung auf Hilfestellung durch die kommunale Ebene hat jedoch keine haushaltärische gesetzliche Grundlage.

**Herr Edler** sieht momentan keinen speziellen Punkt, eine Vorlage daraus machen zu müssen.

**Herr Dr. Prasse** hebt hervor, dass der Umgang mit der Zukunft und mit dem Waldumbau eine höhere Bedeutung in dieser Diskussion erhalten sollte. Wir haben die Wälder jetzt so umzubauen, dass die Menschen in der Zukunft nicht ähnliche Probleme bekommen, wie wir sie jetzt haben.

**Herr Gausche** bekräftigt nochmals die angedachte Beteiligung an dem benannten Projekt, welches jedoch abhängig davon ist, inwieweit dieses auch in den Fördergenuss des Bundesministeriums kommt. Hier geht es u. a. genau um solche Fragen des Waldumbaus oder welche technischen Maßnahmen für die Feuerwehren in Zukunft notwendig sein werden.

**Herr Haase** von der Oberförsterei Wünsdorf stellt sich näher vor. Ab dem 01.12.2019 ist er mit einer Stelle in der Oberförsterei eingesetzt, die sich ausschließlich mit dem vorbeugenden Waldbrandschutz beschäftigt.

## **TOP 8** **Verschiedenes**

Dieser Punkt wurde nicht behandelt.

Herr Edler beendet damit die Sitzung, bedankt sich für das Erscheinen, die Aufmerksamkeit und bittet die anwesenden sachkundigen Einwohner nochmals, ihre Unterschrift zu leisten.

Luckenwalde, den 18.12.2019

---

Edler  
Vorsitzender

---

Mehlis  
Schriftführerin